

## Antrag

der **Fraktion DIE LINKE**

Thema: **Schutzschirm für von Wirtschaftssanktionen gegen  
Russland betroffene Unternehmen aufspannen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag unverzüglich ein Maßnahmenkonzept zum Schutz der von den Wirtschaftssanktionen in Sachsen betroffenen Unternehmen (Sanktion-Schutzschirm) aufzulegen, mit dem

1. eine umfassende Information und Analyse zum derzeitigen Stand und den absehbaren mittelfristigen Folgen der Auswirkungen des EU-Embargos gegenüber Russland auf sächsische Unternehmen vorgelegt wird.
2. die vom Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen bislang gegenüber der Bundesregierung eingeleiteten Schritte und Maßnahmen zur Sicherstellung einer angemessenen finanziellen Kompensationsleistung des Bundes gegenüber den betroffenen Unternehmen ausführlich dargelegt werden.
3. die fortlaufende Unterrichtung des Landtages und der Öffentlichkeit über die Entwicklung der EU-Sanktionen, der darauf folgenden Retorsionsmaßnahmen der Russischen Föderation (Russlands), deren Konsequenzen für die sächsische Wirtschaft sowie den Verhandlungsstand mit der Bundesregierung hinsichtlich staatlicher Hilfen gewährleistet wird.



Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

- b. w. -

Dresden, den 8. Oktober 2014

Eingegangen am: 08. Okt. 2014

Ausgegeben am: 09. Okt. 2014

**Begründung:**

Am 1. August 2014 hat die Europäische Union Maßnahmen gegen die Russische Föderation (Russland) in Kraft gesetzt, mit denen eine dritte Sanktionsstufe erreicht worden ist. Die „EU-Verordnung Nummer 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren“ listet dazu Waren und Güter auf, die nur noch mit vorheriger Genehmigung nach Russland ausgeführt werden dürfen.

Ausgehend von den spürbaren Wirkungen der EU-Sanktionsmaßnahmen fordert der Maschinenbauverband VDMA-Ost einen Schutzschirm für Firmen, die durch die Sanktionen Umsatzeinbußen erleiden. Zwischenzeitlich sind sächsische Maschinenbauunternehmen durch die Wirtschaftssanktionen bereits in schwierige wirtschaftliche und finanzielle Situationen geraten.

Die bisherigen Initiativen des zuständigen Bundesministers für Wirtschaft und Energie – die darin bestehen, eine Informationsseite eingerichtet zu haben sowie die bundeseigene Außenwirtschaftsgesellschaft (Germany Trade and Invest - GTAI) mit der Bereitstellung von „praxisnaher Orientierungshilfe für die deutsche Wirtschaft“ zu beauftragen – sind in Anbetracht des vorliegenden Antragsbegehrens der Fraktion DIE LINKE vollkommen unzureichend.

Die momentan bereit gestellten Liquiditätsinstrumente, wie Kurzarbeitergeld und HERMES-Bürgschaften gehen im Kern an der bestehenden Problemlage vorbei und sind für deren Bewältigung untauglich.

Deshalb erwartet die Fraktion DIE LINKE, dass sich der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen persönlich an den zuständigen Bundesminister Gabriel wendet, um unverzüglich staatliche Hilfen für sanktionsbetroffene Unternehmen – insbesondere im Freistaat Sachsen – aufzulegen und unbürokratisch auszureichen.